



## 02 | Für eine freie Medienlandschaft Rundfunk und Medien

Demokratische Öffentlichkeit setzt eine freie und vielfältige Medienlandschaft sowie eine offene Debattenkultur voraus, die auf Diffamierung, Ausgrenzung, Bevormundung und Beherrschmentalität verzichtet.

Die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bewegt sich unter den Maßgaben der „politischen Korrektheit“ in einem eng geführten Meinungskorridor. Immer weniger bemüht man sich in den durch Zwangsbeiträge der Bürger finanzierten Sendeanstalten um eine ausgewogene, faktenbasierte Berichterstattung. Die journalistische Monotonie bestimmt auch die Thüringer Zeitungslandschaft. Unstrittig gibt es längst keine vielseitige Presselandschaft mehr, sondern einen publizistischen Einheitsbrei.

### **Das Recht der freien Meinung auch in den Medien verteidigen**

Die Schere zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung muss sich wieder schließen. Eine staatliche Zensur darf es ebenso wenig geben wie eine von der öffentlichen Gewalt erzwungene Zensur durch Privatunternehmen, wie sie etwa mit dem sogenannten Netzwerkdurchsetzungsgesetz eingeführt wurde. Auch der Zwang zur Installation von „Uploadfiltern“ verstärkt in fataler Weise die Tendenz zur Gleichschaltung. Die Freiheit des Internets ist für uns nicht verhandelbar. Medienstrukturen, die der Meinungsfreiheit entgegenstehen, müssen im Sinne einer Praxis der freien Information und der kritischen Diskussion reformiert werden. In Bürgermedien sehen wir einen Beitrag zur Belebung der demokratischen Kultur.

### **Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Abschaffung des Zwangsbeitrages**

Die Thüringer AfD fordert die grundlegende Neugestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein zwangsbeitragsfinanziertes Rundfunksystem, in dem beispielsweise Intendanten bis zu 400.000 Euro jährlich beziehen, muss nach unserer Überzeugung deutlich beschnitten werden. Dieses Ziel könnte durch Zusammenlegung und Verkleinerung der derzeitigen Sendeanstalten erreicht werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich in seinem Programm auf ausgewogene Information und Berichterstattung, auf kulturelle und wissenschaftliche Bildung sowie auf regionale und heimatbezogene Beiträge zu konzentrieren. In einem angemessenen Umfang kann auch Sportberichterstattung erfolgen. Die Ausgaben hierfür sollten allerdings erheblich unter den jährlich etwa 600 Millionen Euro liegen, mit denen gegenwärtig auch Fußballmillionäre noch reicher gemacht werden. Angesichts eines breiten Angebotes an privaten Rundfunksendern, die Massenun-

**Wir wollen  
eine deutliche  
Verkleinerung des  
öffentlich-rechtlichen  
Rundfunksystems.**

terhaltung anbieten, dürfen Unterhaltungssendungen nur ein nachgeordneter Programmbestandteil sein, wobei auf anspruchsvolle Sendungen zu achten ist.

Besonders sind die Sicherung des inhaltlichen Pluralismus sowie die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten und abzusichern. Eigene Formate, welche von den Öffentlich-Rechtlichen nur für das Internet produziert werden, lehnen wir ab. Das bisherige System der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mittels einer Zwangsabgabe (Rundfunkbeitrag) ist abzuschaffen. Die Durchführung der entsprechenden Reformen setzt voraus, dass die gegenwärtig gültigen Rundfunkstaatsverträge gekündigt werden.

### **Keine Zensur im Internet, Freiheit in den sozialen Medien**

Das Internet ist nicht allein ein Medium der Unterhaltung, des Handels und des Konsums, sondern vor allem auch ein bürgernahes Medium der Kommunikation, der Information und der freien Meinungsäußerung. Die AfD Thüringen lehnt staatliche oder vom Staat erzwungene Zensur durch Private, wie zuletzt durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) installiert, ab. Generell fordern wir die Stärkung der Nutzerrechte im Internet: Nutzer müssen insbesondere vor der oft völlig willkürlichen Aussperrung aus sozialen Plattformen geschützt werden, etwa durch effektive Beschwerdeverfahren. Die Verfolgung von Rechtsverstößen und Straftaten im Netz bleibt unbenommen, gehört aber ausschließlich in die Hand des an Recht und Gesetz gebundenen Staates.

Die von der EU erzwungenen Pflichten zur Installation sogenannter Uploadfilter, mit denen vordergründig das Urheberrecht geschützt werden soll, lehnen wir ab. Tatsächlich schränken solche Filter den Freiraum des Internets vor allem für kleine Anbieter erheblich ein und untergraben die Kultur des Netzes. Zudem ist zu befürchten, dass der von der EU beschrittene Weg weiterverfolgt wird – unter dem Deckmantel beispielsweise der Terrorabwehr könnten weitere Filterpflichten folgen.

Die AfD lehnt die Einschränkung und Regulierung des Medienangebots im Internet durch den gegenwärtig in Arbeit befindlichen neuen Medienstaatsvertrag ab. Der Medienstaatsvertrag zielt auf weitgehende „Regulierungen“ privater Angebote im Netz. Beispielsweise sollen bereits wenige hundert Abrufe eines Videos als Rundfunkangebot gewertet und entsprechend „reguliert“ werden, was de facto bedeutet: Zahllose Internetanbieter (z. B. YouTuber) fallen unter staatlich regulierte Aufsicht, diverse Auflagen erzwingen die Einstellung privater Kanäle. Solche Beschränkungen des Internets, die z. B. in China oder im Iran üblich sind, wird es mit uns nicht geben.

**Die ausgewogene, neutrale und umfassende Berichterstattung muss wieder zum Kern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden.**

**Der Rundfunk-Zwangsbeitrag („GEZ“) muss abgeschafft werden.**

**Für eine Netz der freien Meinungsäußerung, keine Vorabzensur durch EU-Zwangsfilter.**

**Keine Ausweitung des Rundfunkbegriffs auf Podcasts und Videobeiträge.**